

Medienfreiheit und demokratische Entwicklung

MEDIENPLURALISMUS/PRESSEFREIHEIT/MEINUNGSVIELFALT IN DER EU

Vor drei Wochen hat sich die Europäische Journalistenföderation bei einem Kongress in Thessaloniki mit den Arbeitsbedingungen von Journalisten in Europa befasst. Das meist gebrauchte Wort bei dieser Tagung hieß Krise. Hinter diesem Begriff verbergen sich allerdings ganz unterschiedliche Entwicklungen und Auswirkungen auf Pressefreiheit und Meinungsvielfalt. Sie fügen sich aber zu einem Gesamtbild zusammen, das für Europa nicht besonders schmeichelhaft ist. Gemessen an dem Anspruch, dass ein freies Pressewesen als wesentlicher Faktor im demokratischen Willensbildungsprozess funktionieren soll, gibt es in EU Mitgliedsländern und solchen, die es werden wollen, zu viele Defizite.

Michael Konken, der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, hat es unlängst so formuliert: „Wir schauen nach Peking, aber wir sollten auch vor unserer Haustüre nach dem Rechten sehen“. Man könnte ergänzend sagen: Vor jeder Haustüre. Nach meinem Empfinden geraten zu wenige gefährliche Entwicklungen in den Fokus der Politik und der öffentlichen Diskussion. Wir haben ausführlich und detailliert die Einschränkung der Pressefreiheit in Ungarn thematisiert. Aber die Frage, warum in der Türkei fast 100 Journalisten inhaftiert sind, stellen sich in Deutschland nur wenige.

Und warum reden wir im Vorfeld der Fußball EM nur über die Haftbedingungen von Julia Timoschenko und nicht auch darüber, dass das ukrainische Parlament bereits vor Monaten Reglementierungen der Pressefreiheit beschlossen hat?

Leider so gut wie gar nicht im Blickfeld ist die Situation in Südosteuropa. Beispielsweise in Montenegro: Bei einem Interview im staatlichen Fernsehen forderte Ex-Präsident Milo Đukanović öffentlich, die Herausgeber und Chefredakteure der oppositionellen Presse endlich hinter Schloss und Riegel zu stecken, damit sie "mit ihren Lügen kein weiteres Unheil anrichten" könnten. In der einzigen regierungstreuen Zeitung waren wenige Tage zuvor bereits wie Todesanzeigen gestaltete Abgesänge auf "Vjesti", die größte oppositionelle Zeitung erschienen. Es gab Bedrohungen und tätliche Angriffe auf Journalisten. Eine Delegation des Bayerischen Journalistenverbandes war mehrmals vor Ort und berichtete, Hauptproblem sei, dass es in Montenegro keine ausländischen Korrespondenten mehr gebe und dass sowohl der EU-Berichterstatte als auch der deutsche Botschafter sehr nahe am Regime seien und kaum Kontakt zur Opposition pflegten.

Der Vorsitzende des bulgarischen Journalistenverbandes sagte in Thessaloniki: Die Pressefreiheit ist bei uns erheblich bedroht. Die derzeitige Regierung versucht in unzulässiger Weise Kontrolle zu bekommen

Dabei spielt die Monopolisierung eine wichtige Rolle. Nachdem sich WAZ zurückgezogen hat, sind Medien jetzt in der Hand von Politikern, die die Regierung publizistisch unterstützen. Die Regierung leugnet, dahinter zu stecken. Es gibt Druck auf die Journalisten, das zu schreiben, was die Verlagsleitung will. Europäische Maßstäbe erfüllt Bulgarien nicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RAINER REICHERT
VORSITZENDER DES EUROPA-
AUSSCHUSSES DES DEUT-
SCHEN JOURNALISTENVER-
BANDES (DJV)

26. Dt.-Türk.Journalistenseminar
09.-12.05.2012
Antalya-TÜRKEI

www.kas.de/tuerkei

In Serbien berichtet die Journalistenorgani- sation: "Verbrechen gegen Journalisten werden schlichtweg nicht verfolgt. Abgese- hen davon, ist bei uns gar kein Druck oder physische Gewalt notwendig. Denn die Journalisten sind eingeschüchtert und die Schere im Kopf funktioniert. Von einer Wächterfunktion der Presse kann in Serbien keine Rede sein". Ähnliches verlautet aus Mazedonien. Selbst aus Slowenien, dass in Sachen Demokratie gerne als Vorzeigeland benannt wird, gibt es Berichte über die Ein- flussnahme von Wirtschaftsunternehmen zur Verhinderung unliebsamer Berichterstat- tung.

Diese und andere Beispiele (für die die Zeit nicht ausreicht) zeigen, dass Politiker, Un- ternehmen und Kriminelle in einigen Län- dern die Pressefreiheit mit subtilen Metho- den unterlaufen und damit weitgehend ungeschoren bleiben. Der DJV hat deshalb zum Tage der Pressefreiheit gefordert: "Die europäische Politik muss die grundlegende Bedeutung freier Medien für die Demokratie stärker in den Mittelpunkt rücken. Presse- freiheit ist ein Grundwert und nicht ein Lu- xusartikel, auf den man in der Euro-Krise leicht verzichten kann".

Damit ist allerdings nicht nur der Kampf ge- gen Repressionen gemeint. Pressefreiheit und Medienvielfalt haben in der digitalen Informationsgesellschaft nur dann eine Be- standsgarantie, wenn die Rahmenbedingun- gen stimmen. Denn Qualitätsjournalismus gibt es nicht zum Nulltarif und vor allem nicht, wenn man das geistige Eigentum aushöhlt oder am liebsten ganz abschaffen möchte. Dass es immer schwieriger wird, den erforderlichen Aufwand zu finanzieren, macht sich schon heute bemerkbar: Im Kampf um die Aufmerksamkeit der Medien- konsumenten werden auch Printprodukte Formaten unterworfen. Die innere Presse- freiheit geht dabei vor die Hunde: Heute entscheidet im Zweifel der Boah Faktor und nicht die Wächterrolle. Und Redakteure müssen sich dafür rechtfertigen, warum ein Termin mit einem Mitarbeiter besetzt wur- de, obwohl er auch im Agenturangebot ver- fügbar war: Soviel zum Thema Meinungs- vielfalt.

Eine letzte möglicherweise kontroverse An- merkung und Anregung zur Diskussion: Das angeblich nutzerdemokratische Internet wird an entscheidenden Stellen von Mono- polen gelenkt. Was wir an Informationen finden, wo wir es finden und ob wir es fin- den, bestimmt Google (in Deutschland mit einem Marktanteil von 97 Prozent). Nach eigenen Regeln und möglicherweise nach Kriterien die den amerikanischen Vorstel- lungen von Political Correctness entspre- chen, aber nicht unseren. Auch darüber müssen wir reden wenn wir über Medienplu- ralismus, Pressefreiheit und Meinungsvielfalt sprechen.